



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

53. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. Juli 2000

Nummer 41

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
7817	25. 5. 2000	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Dorferneuerung	718

I.

7817

**Richtlinien
über der Gewährung von Zuwendungen
zur Förderung der Dorferneuerung**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft v. 25. 5. 2000 –
II A 5 – 0228.27227.08.00 –

Der RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Forsten v. 12. 8. 1998 (MBL NRW. 1998 S. 1092, SMBl. NRW. 7817) wird wie folgt geändert:

- 1 In Nummer 1.1 wird nach „– (VV/VVG) –“ eingefügt:
„sowie der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999“
- 2 In Nummer 2.7.2 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt
- 3 Nach Nummer 2.7.2 wird folgende Nummer 2.7.3 eingefügt:
„2.7.3 Unbare Eigenleistungen von Zuwendungsempfängern nach 3.1.2 und 3.2. Für Vereine, die den Status der Gemeinnützigkeit erfüllen, gilt Nummer 5.2.1.“
- 4 In Nummer 5.2.1
 - 4.1 wird in Absatz 1 nach dem Doppelpunkt die Angabe „40 v.H.“ durch die Angabe „30 v.H.“ ersetzt.
 - 4.2 werden in Absatz 1 nach den Worten „nach Nummer 2.4 VVG“ die Worte „mit der Maßgabe, dass er 50 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten darf“ angefügt
 - 4.3 werden in Absatz 3 nach dem Wort „Zuwendungsempfänger“ die Worte „nach Nummer 3.1.1 sowie von Vereinen, die den Status der Gemeinnützigkeit erfüllen,“ angefügt
 - 4.4 wird in Absatz 3 die Angabe „80 v.H.“ durch die Angabe „60 v.H.“ ersetzt
- 5 In Nummer 7.4 wird nach „–VVG –“ eingefügt:
„sowie die Vorschriften über das EG-Zahlstellenverfahren“
- 6 Die Anlagen 1 und 2 werden durch die neuen Anlagen 1–3 ersetzt. Anlagen
1 bis 3

Anlage 1

An
Landesanstalt für Ökologie,
Bodenordnung und Forsten/
Landesamt für Agrarordnung NRW
Postfach 10 10 52

45610 Recklinghausen

über das Amt für Agrarordnung
Postfach

.....

über die Stadt/Gemeinde (als untere Denkmalbehörde)

.....

.....

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung¹

Förderung der Dorferneuerung (Maßnahmen Ziffern 2.1 - 2.4 der Richtlinien)

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Dorferneuerung
(RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 12.8.1998)

1. Antragsteller

Name/Bezeichnung (Name, Vorname, geb. am):	
Ehegatte (Name, Vorname, geb. am):	
Haupt- und Nebenberuf	
Anschrift (PLZ, Ort/Kreis, Straße, Haus-Nr.):	
Telefon:	
Telefax:	
Auskunft erteilt: (Name, Anschrift und Tel./Fax)	
Bankverbindung	Konto-Nr.: BLZ: Kreditinstitut:

¹ Nichtzutreffendes bitte streichen

2. Maßnahme

Objekt:	
Bezeichnung der Maßnahme:	
Durchführungszeitraum:	(Jahr des vorgesehenen Beginne/Jahr der voraussichtlichen Fertigstellung)

3. Gesamtkosten**- Ermittlung der Ausgaben und des Zuschusssatzes -**

Gesamtkosten lt. beiliegender Kostenermittlung	
Beantragter Zuschusssatz	
Beantragte Zuwendung	

4. Finanzierungsplan**- Beantragte Zuwendung -**

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Kassenwirksamkeit			
		200.	200.	200.	Summe
1		2	3	4	5
Gesamtkosten:					
davon	Eigenanteil:				
	Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung):				
	Beantragte/Bewilligte öffentliche Förderung:				
	durch:				
	Beantragte Zuwendung:				

5. Begründung

- 5.1** zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzentration, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen):
- 5.2** zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten):

6. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.):

7. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
- 7.2 er/sie zum Vorsteuerabzug
- ☐ nicht berechtigt ist bzw. die Berechtigung nicht wahrnimmt,
 - ☐ berechtigt ist und dieses bei den Ausgaben (Netto-Preise) berücksichtigt wird.

Nur bei privaten Antragstellern anzugeben:

- 7.3 er/sie Eigentümer/-in des zu fördernden Objektes ist
- ☐ Ja
 - ☐ Nein (In diesen Fällen ist eine Zustimmungserklärung des Eigentümers vorzulegen)

Nur bei Städten und Gemeinden anzugeben:

- 7.4 die Einverständniserklärungen beigelegt sind, wenn auch Flächen in die Maßnahme einbezogen werden, die nicht im Eigentum des Antragstellers stehen.
- 7.5 ein Haushaltssicherungskonzept
- ☐ nicht zu beachten ist.
 - ☐ zu beachten ist. Die Maßnahme wird im Rahmen eines genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes durchgeführt.
- 7.6 bei Maßnahmen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB rechtlich nicht möglich ist.
- 7.7 Beiträge nach KAG
- ☐ erhoben werden und von den zuwendungsfähigen Gesamtkosten abgesetzt wurden.
 - ☐ nicht erhoben werden können. Eine Begründung, warum die Erhebung von KAG-Beiträgen rechtlich nicht möglich ist, ist beizufügen.

8. Anlagen **(jeweils 2fach)**

Bei Vorhaben von natürlichen und sonstigen juristischen Personen sowie Personengemeinschaften sind beizufügen:

- Kostenberechnung
- Bestätigung der Gemeinde, dass die Durchführung der Maßnahme den Zielen der Bauleitplanung, einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung oder sonstigen Plänen, die durch die Gemeinde aufgestellt wurden, entspricht
- Lageplan (z.B. Kopie aus Kreiskarte, etc.)
- ggf. Bestätigung des Eigentümers
- Fotos des Objektes

Bei Vorhaben von Städten/Gemeinden sind beizufügen:

- Kostenberechnung
- Übersichtsplan TK 25
- Bestandsplan
- Gestaltungsplan
- Fotos
- Bestätigung zu den KAG-Beiträgen
- Einverständniserklärung von Dritten, sofern auch Flächen in die Maßnahme einbezogen werden, die nicht im Eigentum des Antragstellers stehen

9. Datenschutz, Kontrollen**9.1 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass**

- 9.1.1** die Nachweise über die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen des Antragstellers anonymisiert für eine betriebswirtschaftliche Auswertung verwendet werden können,
- 9.1.2** die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Antragstellers zur Entscheidung über diesen Antrag beziehen kann,
- 9.1.3** die Angaben im und zum Antrag an die zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EU übermittelt werden können,
- 9.1.4** die Angaben zur Person und zur Sache zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.

9.2 Ich erkläre/Wir erklären, dass

- 9.2.1** ich/wir auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses zu Nrn. 9.1.1 bis 9.1.4 sowie über dessen Widerrufbarkeit belehrt worden bin/sind,
- 9.2.2** bekannt ist, dass die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (SGV.NRW. 2010) beruht, dass die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschussgewährung dient und dass eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind,
- 9.2.3** bekannt ist, dass der Zuwendungsbescheid erlischt, wenn ich/wir nicht innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen habe(n),
- 9.2.4** die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind und bekannt ist, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, 1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV.NRW. 73) sind,

- 9.2.5** die Erhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können, dass ich/wir oder mein/unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die geförderten Investitionen bezeichnen und es zu diesen begleiten werde(n) und erkläre(n), dass ich/wir ihnen das Betretungsrecht und das Recht auf eine angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betriebswirtschaftlichen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen werde/werden,
- 9.2.6** der Bewilligungsbehörde innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides mitgeteilt wird, ob mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen worden ist.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift des Antragstellers)

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift des Ehegatten)

.....

Feststellungen des Amtes für Agrarordnung:

Gesamtkosten:	
Zuwendungsfähige Kosten:	
Zuschußsatz (%)	
Beantragte Zuwendung:	

Amt für Agrarordnung.....
(Ort, Datum)

Im Auftrag

Anlage 2

An
Landesanstalt für Ökologie,
Bodenordnung und Forsten/
Landesamt für Agrarordnung NRW
Postfach 10 10 52

45610 Recklinghausen

über das Amt für Agrarordnung
Postfach

.....

über die Stadt/Gemeinde (als untere Denkmalbehörde)

.....

.....

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung¹

Förderung der Umnutzung (Maßnahmen Ziffern 2.5 - 2.6 der Richtlinien)

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Dorferneuerung
(RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 12.8.1998)

1. Antragsteller

Name/Bezeichnung (Name, Vorname, geb. am):	
Ehegatte (Name, Vorname, geb. am):	
Haupt- und Nebenberuf	
Anschrift (PLZ, Ort/Kreis, Straße, Haus-Nr.):	
Telefon:	
Telefax:	
Auskunft erteilt: (Name, Anschrift und Tel./Fax)	
Bankverbindung	Konto-Nr.:
	BLZ:
	Kreditinstitut:

¹ Nichtzutreffendes bitte streichen

2. Maßnahme

Objekt:	
Bezeichnung der Maßnahme:	
Durchführungszeitraum:	(Jahr des vorgesehenen Beginns/Jahr der voraussichtlichen Fertigstellung)

3. Gesamtkosten**3.1 Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben**

1.	Gesamtkosten lt. beiliegender Kostenermittlung	 DM
2.	Förderfähige Gesamtkosten (ohne Mehrwertsteuer)	 DM
3.	abzüglich 20 v.H. bei positiven Einkünften bis zu 80.000 DM 30 v.H. bei positiven Einkünften über 80.000 DM bis zu 100.000 DM 40 v.H. bei positiven Einkünften über 100.000 DM	 DM DM DM
4.	abzüglich unbare Eigenleistungen	 DM
5.	Zuwendungsfähige Ausgaben (Bemessungsgrundlage) (Ziffer 2 abzüglich Ziffern 3 und 4)	 DM

3.2 Berechnung des Zuschusssatzes

	A	B
	Höhe des Zuschusssatzes je Maßnahme	Höhe des Zuschusssatzes bei Umnutzung zu Wohn- zwecken
Bei positiven Einkünften bis zu 100.000 DM	35 v.H.	25 v.H.
Bei positiven Einkünften über 100.000 DM bis zu 120.000 DM (Reduzierung um 5 Prozentpunkte)	30 v.H.	20 v.H.
Bei positiven Einkünften über 120.000 DM (Reduzierung um 10 Prozentpunkte)	25 v.H.	15 v.H.
Beantragter Zuschusssatz:	 v.H.	 v.H.

4. Finanzierungsplan

4.1 Beantragte Zuwendung

Zuwendungsfähige Ausgaben lt. Ziff. 3.1 Nr. 5 (dieses Vordruckes)	 DM
Beantragter Zuschusssatz	 v.H.
Beantragte Zuwendung Höchstsatz bei Maßnahmen nach Buchst. A der Ziffer 3.2 (dieses Vordruckes) beträgt 100.000 DM Höchstsatz bei Maßnahmen nach Buchst. B der Ziffer 3.2 (dieses Vordruckes) beträgt 80.000 DM	 DM

4.2 Finanzierungsplan

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Kassenwirksamkeit			
		200.	200.	200.	Summe
1		2	3	4	5
Gesamtkosten:					
davon	Eigenanteil:				
	Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung):				
	Beantragte/Bewilligte öffentliche Förderung: durch:				
	Beantragte Zuwendung:				

5. Begründung

- 5.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzentration, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen):

- 5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten):

6. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgelasten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.):

7. Erklärungen

7.1 Der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

- 7.1.2 er/sie Eigentümer/-in des zu fördernden Objektes ist

- ☐ Ja
☐ Nein (In diesen Fällen ist eine Zustimmungserklärung des Eigentümers vorzulegen).

- 7.1.3 ☐ er/sie Eigentümer(-in) eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes ist und dieser Betrieb ein Unternehmen nach § 1 Absatz 4 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) - unbeschadet der gewählten Rechtsform - ist, welches

- * grundsätzlich die in § 1 Absatz 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) genannte Mindestgröße erreicht oder überschreitet.
- * die Merkmale eines landwirtschaftlichen Betriebes im Sinne des Einkommenssteuerrechts erfüllt oder einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgt.

- ☐ er/sie Pächter(in) und Landwirt(in) im Sinne von 7.1.3 dieses Formulars ist und ein Nutzungsrecht von grundsätzlich zwölfjähriger Dauer für das zu fördernde Gebäude nachgewiesen werden kann. Ein entsprechender Nachweis ist beigelegt.

- ☐ eine Bestätigung der landwirtschaftlichen Alterskasse beigelegt ist.

- ☐ er/sie nicht zu den Personen gehört, die Leistungen aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit erhalten und solche auch nicht beantragt haben.
- ☐ es sich bei dem Zuwendungsempfänger nicht um ein Unternehmen handelt, bei dem die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 v.H. des Eigenkapitals beträgt.
- ☐ im Antrag keine Aufwendungen (Gewerke) enthalten sind, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" oder anderer Förderprogramme gefördert werden.
- ☐ für die zu fördernde Maßnahme die erforderliche bauaufsichtliche Genehmigung (dazu zählt auch ein positiver Vorbescheid nach § 71 BauO NW) vorliegt oder dass bei genehmigungsfreien Vorhaben die Gemeinde keine Erklärung nach § 67 Abs. 1 Nr. 3 BauO abgegeben hat.

7.2 Erklärungen zu den Einkünften

- 7.2.1** ☐ er/sie zur Einkommenssteuer veranlagt wird.
Meine positiven Einkünfte und die meines von mir nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten betragen im Durchschnitt

- nach den letzten drei Steuerbescheiden DM

- nach dem letzten Steuerbescheid DM

- ☐ die letzten drei Einkommenssteuerbescheide beigelegt sind.

- 7.2.2** ☐ er/sie nicht zur Einkommenssteuer veranlagt wird und erklärt seine positiven Einkünfte und die seines von ihm/ihr nicht getrennt lebenden Ehegatten wie folgt:

aus: des Antragstellers des Ehegatten

Land- und Forstwirtschaft

Gewerbebetrieb

selbständiger Arbeit

nicht selbständiger Arbeit

Kapitalvermögen

Vermietung/Verpachtung

sonstige Einkünfte i.S.d. § 22 EStG

Summe der positiven Einkünfte

- 7.3 ☐ der Nachweis über die Wirtschaftlichkeit, zumindest über die Zweckmäßigkeit und Finanzierbarkeit der durchzuführenden Maßnahme aus den als Anlage beigefügten Unterlagen hervorgeht.
- 7.4 ☐ innerhalb der letzten drei Jahre im Rahmen der Umnutzung keine Beihilfen (Zuwendungen) von mehr als 100.000 ECU (ca. 180.000 DM) gewährt worden sind (Erklärung zur "Deminimis-Regelung" der EU).

8. Anlagen (jeweils 2fach)

- Lageplan (z.B. Kopie aus Kreiskarte, etc.)
- Bestätigung der Gemeinde, dass die Durchführung der Maßnahme den Zielen der Bauleitplanung, einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung oder sonstigen Plänen, die durch die Gemeinde aufgestellt wurden, entspricht
- Objektpläne
- Bestätigung der landwirtschaftlichen Alterskasse
- Einkommenssteuerbescheide der letzten drei Jahre (in Kopie)
- ggf. Bestätigung des Eigentümers/Nachweis des Nutzungsrechts
- Kostenberechnung
- Nachweis über die Wirtschaftlichkeit
- positiver Vorbescheid nach § 71 BauO NRW/Baugenehmigung/Erklärung des Antragstellers nach § 67 BauO NRW
- Fotos des Objektes

9. Datenschutz, Kontrollen

9.1 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass

- 9.1.1 die Nachweise über die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen des Antragstellers anonymisiert für eine betriebswirtschaftliche Auswertung verwendet werden können,
- 9.1.2 die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Antragstellers zur Entscheidung über diesen Antrag beziehen kann,
- 9.1.3 die Angaben im und zum Antrag an die zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EU übermittelt werden können,
- 9.1.4 die Angaben zur Person und zur Sache zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.

9.2 Ich erkläre/Wir erklären, dass

- 9.2.1 ich/wir auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses zu Nrn. 9.1.1 bis 9.1.4 sowie über dessen Widerrufbarkeit belehrt worden bin/sind,
- 9.2.2 bekannt ist, dass die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (SGV.NRW. 2010) beruht, dass die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschussgewährung dient und dass eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind,
- 9.2.3 bekannt ist, dass der Zuwendungsbescheid erlischt, wenn ich/wir nicht innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen habe(n),
- 9.2.4 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind und bekannt ist, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Straf-

gesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, I. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV.NRW. 73) sind,

- 9.2.5** die Erhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können, dass ich/wir oder mein/unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die geförderten Investitionen bezeichnen und es zu diesen begleiten werde(n) und erkläre(n), dass ich/wir ihnen das Betretungsrecht und das Recht auf eine angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betriebswirtschaftlichen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen werde/werden,
- 9.2.6** der Bewilligungsbehörde innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides mitgeteilt wird, ob mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen worden ist.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift des Antragstellers)

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift des Ehegatten)

.....
Feststellungen des Amtes für Agrarordnung:

Gesamtkosten:	
Zuwendungsfähige Kosten:	
Zuschußsatz (%)	
Beantragte Zuwendung:	

Amt für Agrarordnung.....
(Ort, Datum)

Im Auftrag

Zuwendungsempfänger

....., den 20

Ort/Datum

Telefon:

An
Landesanstalt für Ökologie,
Bodenordnung und Forsten/
Landesamt für Agrarordnung NRW
Postfach 10 10 52

45 610 Recklinghausen

über das Amt für Agrarordnung

über die Stadt/Gemeinde (als untere Denkmalbehörde) ^{x)}Verwendungsnachweis/Zwischennachweis ¹⁾Betr.: Zuwendungen für die Förderung der Dorferneuerung/Umnutzung;hier: Mein/Unser Antrag vom

Durch Zuwendungsbescheid(e) der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten/ Landesamt für
Agrarordnung NRW vom, Az.: wurden zur Finanzierung der o.a. Maßnahme
insgesamt bewilligt:

Zuschüsse DM

I. Sachbericht (entfällt beim Zwischennachweis)

(Kurze Darstellung der durchgeführten Maßnahme, u.a. Beginn, Maßnahmedauer, Abschluss, Erfolg und Auswirkung der
Maßnahme, etwaige Abweichungen von den dem Zuwendungsbescheid zu Grunde liegenden Planungen und vom
Finanzierungsplan.)

II. Zahlenmäßiger Nachweis

1 Einnahmen	lt. Finanzierungsplan	lt. Abrechnung
1.1 Eigenleistung	 DM	 DM
1.1.1 unbare Eigenleistungen	 DM	 DM
1.1.2 Barmittel	 DM	 DM
1.2 Zuschüsse für Baumaßnahmen	 DM	 DM
1.3 sonstige Darlehen (Geldgeber angeben)	 DM	 DM
	Summe:	 <u>DM</u>

^{x)} nur bei zusätzlichen Zuwendungen nach den Förderrichtlinien Denkmalpflege (SMBL NRW 224)

¹⁾ Nicht Zutreffendes streichen

2 Ausgaben			
2.1 Ausgabengliederung lt. Kostenberechnung			
Maßnahme	Investitionsbetrag (brutto einschl. bare Eigenleistungen)	Mehrwertsteuer DM	förderungsfähiger Betrag
1	2	3	4
2.1.1 Dorferneuerung (Maßnahmen 2.1 bis 2.4 der Richtlinie)			
2.1.1.1 Erhaltung, Instandsetzung und Gestaltung landwirtschaftlicher Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter			
2.1.1.2 Begrünungen im öffentlichen Bereich			
2.1.1.3 Gestaltung von Dorfstraßen, -plätzen einschließlich der Grün- und Freiraumgestaltung			
2.1.1.4 Entschädigung für Gebäude und deren Abbruch die im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nr. 2.2 und 2.3 der Richtlinie stehen			
2.1.1.5 Investition insgesamt			

2 Ausgaben			
2.1 Ausgabengliederung lt. Kostenberechnung			
Maßnahme	Investitionsbetrag (brutto einschl. bare Eigenleistungen)	Mehrwertsteuer DM	förderungsfähiger Betrag
1	2	3	4
2.1.2 Umnutzung (Maßnahmen 2.5 bis 2.6 der Richtlinie)			
2.1.2.1 Investive Maßnahmen zur Umnutzung land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz u.a. für Wohn-, Handels-, Gewerbe- und Dienstleistungszwecke			
2.1.2.2 Aufwendungen von Ingenieuren und Architekten			
2.1.2.3 Investition insgesamt			

2.2 Tatsächlich entstandene Ausgaben			
Maßnahme	Tatsächliche Ausgaben ¹⁾	Zuwendungsfähige Ausgaben lt. Zuwendungsbescheid	geprüfte und anerkannte zuwendungsfähige Ausgaben laut Abrechnung ^{2) 3)}
1	2	3	4
2.2.1 Dorferneuerung (Maßnahmen 2.1 bis 2.4 der Richtlinie)			
2.2.1.1 Erhaltung, Instandsetzung und Gestaltung landwirtschaftlicher und ehemals landwirtschaftlicher Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter			
2.2.1.2 Begrünungen im öffentlichen Bereich			
2.2.1.3 Gestaltung von Dorfstraßen, -plätzen einschließlich der Grün- und Freiraumgestaltung			
2.2.1.4 Entschädigung für Gebäude und deren Abbruch die im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nr. 2.2 und 2.3 der Richtlinie stehen			
2.2.1.5 Investition insgesamt			

2.2 Tatsächlich entstandene Ausgaben			
Maßnahme	Tatsächliche Ausgaben ¹⁾	Zuwendungsfähige Ausgaben lt. Zuwendungsbescheid	geprüfte und anerkannte zuwendungsfähige Ausgaben laut Abrechnung ^{2) 3)}
1	2	3	4
2.2.2 Umnutzung (Maßnahmen 2.5 bis 2.6 der Richtlinie)			
2.2.2.1 Investive Maßnahmen zur Umnutzung land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz u.a. für Wohn-, Handels-, Gewerbe- und Dienstleistungszwecke			
2.2.2.2 Aufwendungen von Ingenieuren und Architekten			
2.2.2.3 Investition insgesamt			

¹⁾ Bei einer Überschreitung der Einzelansätze um mehr als 20 v.H. (vgl. Nr. 1.2 der ANBest-P) ist anzugeben, ob die Bewilligungsbehörde der Überschreitung zugestimmt hat (Datum, AZ der Zustimmung der Bewilligungsbehörde)

²⁾ Abzüglich Mehrwertsteuer, Skonti und Rabatte

³⁾ Nicht vom Zuwendungsempfänger auszufüllen

III.1	Mehr-/Minderausgaben 2.2.1 - 2.2.1.5			
III.2	Mehr-/Minderausgaben 2.2.2 - 2.2.2.3			

IV. Bestätigungen

1. Es wird vom Zuwendungsempfänger bestätigt, dass
 - die Allgemeinen und Besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden;
 - die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Ausgaben im Verwendungsnachweis mit den Belegen übereinstimmen;
 - die Inventarisierung der mit der Zuwendung beschafften Gegenstände vorgenommen wurde.
2. Schlussabrechnungen und Belege über die gesamten Kosten liegen vor.
3. Die Belegsammlung wird aufbewahrt bei: _____
4. Die Gebühren für die Architektenleistungen, statischen Berechnungen und sonstigen Ingenieurleistungen sind auf dem Beiblatt berechnet. Die Berechnung für Architekten- und Ingenieurgebühren anderer Stellen sind dort ebenfalls aufgeführt. Die Belege wurden auf einer Belegliste zusammen gefasst.

Ort/Datum_____
Rechtsverbindliche Unterschrift des Zuwendungsempfängers

5. Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde
Der (Zwischen-) Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft.
Es ergaben sich keine - die nachstehenden - Beanstandungen:

Ort/Datum_____
Rechtsverbindliche Unterschrift der Bewilligungsbehörde

Einzelpreis dieser Nummer 7,95 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00-12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahres-
bezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher
Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb
eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht
innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569